

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die Kleinsp.
Zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

32. Jahrgang.

N. 133.

Dienstag, den 10. November

1885.

Die Vorgänge in Dänemark.

In Dänemark sind in den letzten Wochen die Geister so verbe aufeinandergeplagt, daß es fast scheint, als ob sich der Kampf auch auf die Straße übertragen wird, oder deutlicher, daß die bestehenden Gegensätze mit physischer Gewalt entschieden werden würden.

Vor Allem muß man bei der Beurtheilung dieser Vorgänge sich davor hüten, sie mit irgend welchen Ereignissen und Erscheinungen bei uns zu Lande in Parallele zu stellen. Die oppositionellen Fraktionen unter Führung des Volksschullehrers Berg und des Grafen Holstein-Ledreborg sind durchaus keine „Liberalen“ im deutschen Sinne, wie man sie gemeinhin in der Presse darstellt. Diese Fraktionen setzen sich vielmehr aus den verschiedensten Elementen zusammen, unter denen das agrarische und sozialistische, also beides dem Liberalismus energisch widerstrebende Richtungen, den Hauptbestandtheil bilden. Einig sind die Oppositionellen nur in der Bekämpfung des Ministeriums Estrup, das seinerseits wiederum durchaus nicht konservativ im heutigen Sinne ist und sich nur bestrebt zeigt, inmitten des wüthenden Parteienkampfes Herr der Lage zu bleiben. Es soll dabei gar nicht geleugnet werden, daß es sich in den Mitteln offenbar vergeistert und von der Gewalt, die es besitzt und zu verstärken bestrebt ist, Alles erhofft.

Was diese oder jene Partei erstrebt, ist im Augenblicke gänzlich vor einer größeren Frage zurückgetreten; der gegenwärtige Kampf ist ein Ringen um die Herrschaft, ein Kampf zwischen Volkvertretung und Ministerium. Die sogenannte „liberale“ Opposition hat in diesem Kampf Vieles gethan, was ihr die Sympathien verständiger liberaler Männer in anderen Ländern abwendete. Aber die unzweifelhaftesten Mißgriffe des Ministeriums Estrup haben in der öffentlichen Meinung wiederum ein Umschlagen der Stimmung zu Gunsten des Folkething herbeigeführt.

Doch sehen wir nun, wie die Dinge liegen: Zwischen dem Ministerium Estrup und der Mehrheit der Volksvertretung besteht schon seit zehn Jahren ein Kampf. Im vergangenen Jahre kam das Budget nicht zu Stande, der Reichstag wurde aufgelöst und die Regierung wirtschaftet auf Grund eines von ihr erlassenen „vorläufigen“ Finanzgesetzes oder wie die allzu verbe Redeweise der Opposition lautet: Die „sieben Einbrecher“ nehmen das Geld, wo sie es finden. Dieses provisorische Finanzgesetz hatte der Reichstag nachträglich beraten resp. gutheißen müssen. Letzterer trat nun vor wenigen Wochen wieder zusammen und ihm wurde zur Vertheilung der nächstjährige Etat vorgelegt. Die Opposition verlangte aber, daß erst das provisorische Finanzgesetz beraten werden solle, worauf die Regierung nicht einging. Daraufhin trat die Kammer dennoch in die Beratung dieses Gesetzes ein, wobei die Minister demonstrativ den Saal verließen. Natürlich wurde das Gesetz abgelehnt. Zwar wird kein vernünftiger Mensch behaupten wollen, daß irgend eine Regierung ohne Einnahmen und Steuern regieren könne; zwar ließ sich auch an den gemachten Ausgaben nicht viel bemängeln, aber man wollte nun einmal „diesem Ministerium keinen Pfennig“ bewilligen. So wurde also nicht nur das Finanzgesetz für das laufende Rechnungsjahr (bis Ostern), sondern auch der Etat für das nächste Jahr einfach abgelehnt. Dem Ministerium blieb nun in seiner Lage (der König will dasselbe nicht abtun) nichts Anderes übrig, als den Reichstag abermals nach Hause zu schicken und sie wird auch im nächsten Jahre wieder ein „vorläufiges“ Finanzgesetz erlassen.

Zwischendurch kam das Attentat auf Estrup vor. Ein unreifer junger Bursche, der von sich reden machen wollte, schloß auf den Ministerpräsidenten, ohne ihn jedoch zu treffen. Die Regierung hat auch darauf hin „provisorische Gesetze“ erlassen, die sich gegen die Pressfreiheit richten und eine Vermehrung der Polizei bezwecken. Nach Auffassung des Ministeriums bleiben dieselben so lange in Kraft, bis sich

Folkething, Landthing (erste Kammer) und Regierung über ihre Wiederabstimmung geeinigt haben. Zu solcher Einigung dürfte es aber schwerlich kommen, da Landthing und Regierung zusammenhalten.

Berg, der Führer der Opposition und Präsident des Folkething, muß nach Schluß des Reichstages, also etwa im Januar, seine fünfmonatliche Gefängnisstrafe antreten, weil er in einer Volksversammlung sich tatsächlich an einen Polizeibeamten vergriffen hat. Wenn er wieder freikommt, wird er sein Vaterland sehr verändert finden, nicht zum Vortheil in seinem Sinne. Seine Unflughheit und der Schuß Radmuffens auf Estrup sind an dieser Aenderung schuld.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der glänzende Empfang, den Prinz Albrecht bei seinem Einzug in Braunschweig gefunden, hat am Kaiserhof einen überaus wohlthuenden Eindruck gemacht. Es wird berichtet, daß durch die Regentenschaft in Braunschweig keinerlei Neuerungen eingeführt werden. Die Selbstständigkeit des Herzogthums wird im vollen Umfange bewahrt bleiben; nur wird die Militärkonvention mit Preußen zum Abschluß gelangen.

— Straßburg. An dem am Donnerstag stattgehabten Festzug zu Ehren des neuen Statthalters nahmen gegen dreißig Vereine theil, unter denen sich auch einige altelassische aus den umliegenden Ortschaften befanden; immerhin ein erfreuliches Zeichen. Fürst Hohenzollern sagte in seiner Ansprache u. A.: „Sie haben Ihre Aufgabe richtig erfaßt, die Schützen- und Turnvereine sollen alte deutsche Sitte hegen, die Gesangsvereine das deutsche Lied, und die Kriegervereine sollen die Liebe und Treue für den Kaiser mehren.“ Nach dem auf den Kaiser ausgebrachten Hoch wurde die Nationalhymne gesungen.

— Die Konferenz ist nun glücklich beisammen. Ihre Geburt war jedoch mit so außergewöhnlichen Schwierigkeiten verbunden, daß Niemand recht an die Lebensfähigkeit derselben glauben will. Was wird, was soll sie thun? Den Fürsten von Bulgarien absetzen? Das möchten die Russen; trotzdem wird es wohl kaum dahin kommen. Auf einen friedlichen Ausgang der Verwickelungen schwinden die Hoffnungen mehr und mehr, wie nachfolgende Mittheilung der „Neueste Nachr.“ beweist: Ein unklugerer Schritt, als die offene Beleidigung des Fürsten von Bulgarien durch Kassirung der militärischen Würden desselben, konnte in Petersburg nicht begangen werden. Die mühsam bisher vorgehaltene Maske der „Vertragstreue“ ist abgelegt, der leidenschaftliche Haß gegen den Bulgarenfürsten, der nicht russischer Satrap sein will, trat offen hervor. Niemand fragt heute mehr, wie der Widerspruch zu erklären, daß Rußland 1878 die Vereinigung beider Bulgarien gefordert hat, jetzt dagegen die Trennung der vereinigten begehrt. Es liegt zu Tage, daß nur die größte Selbstsucht das leitende Motiv heute ist, wie sie es damals gewesen. Man wünscht noch heute die Konsolidirung Bulgariens, aber nicht unter russischer Herrschaft, sondern unter einem russischen General. Man verzeiht es nicht, daß Fürst Alexander den Herren Sobolew und Kaulbars die Fäden ihrer Intrigen zerrissen hat. Die Streichung des Namens Alexanders aus den russischen Militärlisten soll den Fürsten erniedrigen, ihn auf dem Throne unmöglich machen. Aber in den Augen der Bulgaren dürfte jener Schritt Rußlands nicht als ein Schimpf, sondern als eine Ehre für den Fürsten angesehen werden. Die Vertreter der Mächte in Konstantinopel werden, zum Theil wenigstens, die Qualifikation Alexanders zum selbstständigen Regenten durch die russische Maßnahme als bestätigt betrachten. Jedenfalls ist dies der englische Standpunkt. Der konservative „Standard“ sagt: „Je mehr der Czar zeigt, daß er den Bulgaren und ihrem Fürsten groß, desto klarer wird es ihnen von unserer Seite gemacht werden, daß sie in demselben Maße Englands Wohlwollen gewinnen, in welchem sie dasjenige Rußlands ein-

büßen.“ „Daily News“ fordert Englands Rücktritt von der Konferenz, weil dieselbe nicht das europäische Concert, sondern eine neue Form der heiligen Alliance repräsentire und nur die Sanktionierung eines geheimen Abkommens wünsche.

— Gegen die Zulassung der Realschulabiturienten zu den Universitätsstudien hatte sich Professor du Bois-Reymond, seiner Zeit als Rektor der Berliner Universität, mit großer Entschiedenheit ausgesprochen. Kürzlich gab er jedoch in einem zu Köln gehaltenen Vortrag die Erklärung ab, daß er in diesem Punkte seine Meinung geändert habe und daß er für jenes Gutachten nicht mehr eintreten könne. Dieser Vortrag liegt jetzt unter dem Titel „Kulturgeschichte und Naturwissenschaft“ gedruckt vor. Der Verfasser begründet darin seine Sinnesänderung damit, daß die letzten Aenderungen des Gymnasiallehrplans zu geringe seien und daß namentlich die mathematische Ausbildung der künftigen Mediziner noch ungenügend bleibe; dann sagt er: „Da nun auch die humanistische Ausbildung der Mediziner als so unbefriedigend erfunden wird, müssen wir zu unserem großen Bedauern erklären, daß unter solchen Umständen die Vorbereitung durch die Realschule für die Mediziner uns nun doch zweckmäßiger erscheint, als die durch das Gymnasium.“

— Die älteste Eisenbahn Deutschlands, die Nürnberg-Fürther Ludwigsbahn, begeht am 6. Dezember die Feier ihres fünfzigjährigen Bestehens.

— Oesterreich. Die vom Kriegsminister erhobene Klage über Vernachlässigung der deutschen Sprache in den Schulen ist doch nicht fruchtlos gewesen. Der österreichische Unterrichtsminister hat sogleich seine Entlassung eingereicht, die ihm auch „in Gnade“ gewährt wurde. Hofrath Gautsch, ein den Deutschen freundlicher gesinnter Mann, ist zum Nachfolger des abtretenden Unterrichtsministers ernannt worden.

— Spanien. Die Mittheilungen der ministeriellen Blätter bezüglich des Inhalts der von Rom an die spanische Regierung gelangten Depeschen sind getheilt. Die Einen beistimmen dem für Spanien günstigen Urtheil des Papstes, die Andern leugnen die Möglichkeit, daß irgend Jemand außer den Beteiligten bereits etwas über das Urtheil Leo's XIII. wissen kann. Dagegen ist nicht zu verkennen, daß die Spannung zwischen Deutschland und Spanien anhält, und es ist bemerkenswerth, daß der Minister des Innern die Chefredakteure sämtlicher ministeriellen Blätter zu einer Besprechung in das Ministerium eingeladen und sie ersucht hat, sich aller animösen Aeußerungen gegen Deutschland in der Karolinenfrage zu enthalten. Man wünscht in den leitenden Kreisen Alles zu vermeiden, was die gereizte Stimmung Bismarcks gegen Spanien noch verschärfen kann. Man glaubt in Madrid, daß diese Mißstimmung Bismarcks durch das seinen Erwartungen nicht entsprechende Urtheil des Papstes erzeugt ist. Doch davon dürfte wohl keine Rede sein, vielmehr ist das in der letzten Zeit höchst merkwürdige und wenig taktvolle Verhalten der spanischen Regierung an diesen neuen Differenzen schuld.

Sächsische Nachrichten.

— Dresden. Während der Manöverzeit gerietten zwei Offiziere des hiesigen Schützenregiments über ein Vorkommniß in Meinungsverschiedenheit, die zu einer Forderung auf Zweikampf mit Säbel führte. Das Ehrengericht erkannte, daß der Zweikampf vor sich zu gehen habe. Derselbe hat denn auch, und zwar in einem Zimmer der Kaserne, am Dienstag stattgefunden. Hierbei erhielt der eine, ein Hauptmann, von seinem Gegner (ein aus der preussischen Armee in die sächsische übergetretener Hauptmann) einen Hieb quer über das Gesicht, der ihn kampfunfähig machte.

— Zwickau. Mittwoch Abend wurde dem 60 Jahre alten Feuermann Liebich in einer hiesigen Fabrik eine erhebliche Verletzung dadurch zugefügt, daß er, von der Transmission erfasst, emporgezogen und wieder zu Boden geschleudert wurde. Derselbe